26. Geschäftsbericht der AUNS

2011

AUNS
ASIN
ASNI

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse indépendante et neutre
Azione per una Svizzera neutrale e indipendente

Die Organe der AUNS (Stand: 31.12. 2011)

Vorstand

Präsident

Schwander Pirmin	Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

Vizepräsidenten

Cipolla Jean-Dominique	Notar, 1920 Martigny
Stamm Luzi	Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden

Mitglieder

Bischoff Hans	Architekt FSAI/SIA, 3097 Liebefeld († 28.10. 2011)
Cherbuin Aliette	Kleinkindererzieherin, 1400 Yverdon-les-Bains
Damiani Mauro	Projektverantwortlicher, 6516 Cugnasco-Gerra
Etter Hans	Kaufmann, alt Grossrat, 3052 Zollikofen
Fournier Anne	Unternehmerin, 1007 Lausanne
Freysinger Oskar	Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, 1965 Savièse
Fuchs Thomas	Betriebswirtschafter, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz
Grangier Kevin	Mediamatiker, 1700 Freiburg
Mörgeli Christoph	Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon
Reimann Lukas	cand. iur., Nationalrat, 9500 Wil/SG
Scheidegger René	ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac
Stähli Benjamin	Designer, 3012 Bern und Äthiopien
Surber-Devoto Conrado A.	dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., Lima/Peru

Revisor

Andreas Roth	Notar, 3822 Lauterbrunnen

Geschäftsstelle

Geschäftsführer:	Werner Gartenmann, Matten b. Interlaken
Sekretariat:	Katharina Fischer, Bern

Kantonale Stützpunkte

Doyenne AUNS-Stützpunkte:	Elvira Hengeveld, 7205 Zizers, hengeveld@auns.ch
Koordination Deutschschweiz:	Rafael Wohlgemuth, 8302 Kloten, wohlgemuth@auns.ch
Coordination Suisse romande:	Erich Bertinat, 1203 Genf, bertinat@asin.ch
ASNI Ticino:	Mauro Damiani, 6516 Cugnasco-Gerra, damiani@asni.ch
Kantonale Verantwortliche:	Kontakte auf www.auns.ch → AUNS → Stützpunkte

Impressum

Geschäftsstelle: AUNS, Postfach 669, CH-3000 Bern 31
Tel.: 031 356 27 27, Fax: 031 356 27 28, Internet: www.auns.ch, E-Mail: info@auns.ch
AUNS-Mobilversion: www.mobil.auns.ch, Facebook: auns/asin/asni
PC-Konto: 30-10011-5

Inhaltsverzeichnis

Die Organe der AUNS 2

Einleitung 4

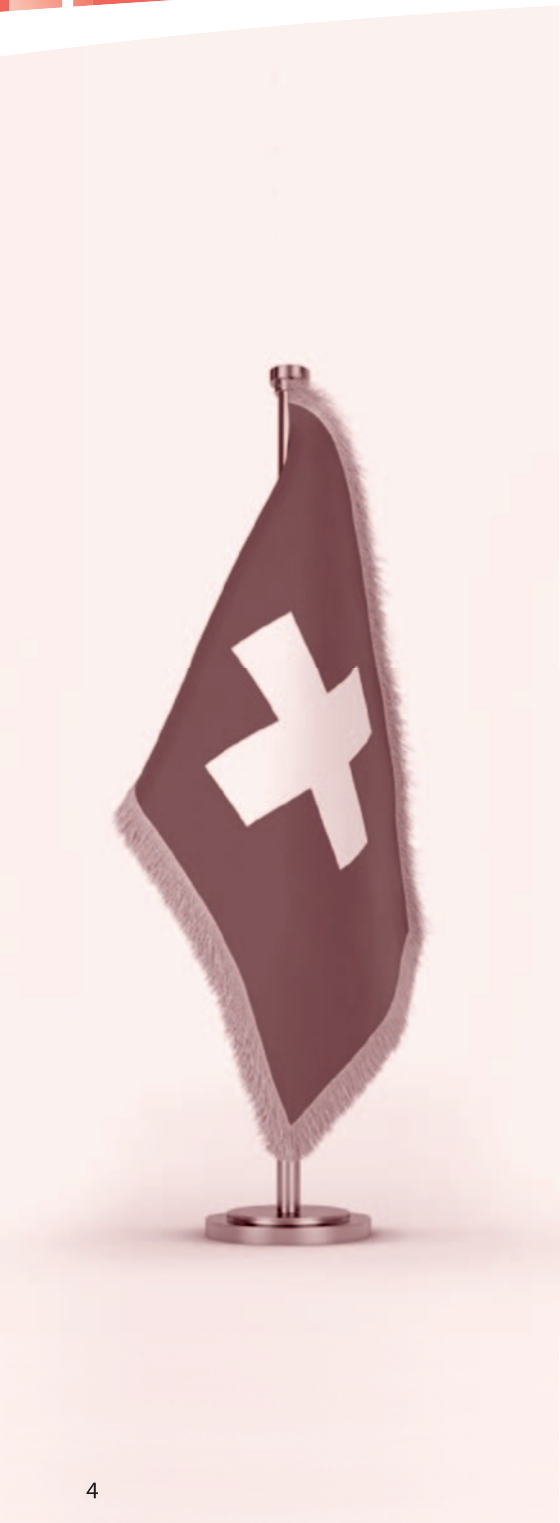
Jahresbericht 2011 der AUNS 10
Vorstand 18
Geschäftsstelle 19
Die AUNS in den Kantonen 19
Das AUNS-Bulletin 20
Weitere Drucksachen 20
Internet und Social Media 21
Jahresrechnung und Bilanz 22

Dank 23

Die historische Mission bleibt 23

Bundesverfassung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft, Artikel 2

Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.



Einleitung

Was wollen wir für eine Schweiz in zehn Jahren? Die Antwort lässt sich im Kernauftrag der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS finden. Und der Auftrag steht seit der Gründung der AUNS im Jahr 1986 unverändert in Artikel 2 der Statuten:

a) Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;

b) Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;

c) Kampf für eine Aussenpolitik des Bundes, welche die integrale und traditionelle Neutralität respektiert und damit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes gewährleistet;

d) Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Basierend auf Artikel 2 der Statuten verfolgt die AUNS aktuell 18 Positionen:

- *Keine Relativierung, keine Einschränkung, kein Abbau der direkten Demokratie.*
- *Keine Souveränitätseinbussen durch Völkerrecht und EU-Recht.*
- *Kein Abbau, sondern Ausbau der Mitsprache des Stimmvolkes und der Kantone in der Aussenpolitik.*
- *Kein EU-Beitritt.*
- *Kein schleichender EU-Beitritt durch bilaterale Integrationspolitik. Bilaterale Verhandlungen dienen nur zur Interessenwahrung ohne EU-Beitritt.*
- *Keine weiteren Zahlungen an den Euro-Rettungsschirm. Auch nicht über den Umweg Internationaler Währungsfonds IWF.*
- *Keine weiteren Zahlungen an den EU-Kohäsionsfonds (Ost-Staaten).*
- *Keine Weiterentwicklung der Personenfreizügigkeit, keine Einführung der Unionsbürgerschaft.*
- *Keine Zensur, sondern offene Diskussion über die EU-Personenfreizügigkeit. Option Kündigung und Neuverhandlung offenhalten.*
- *Keine Zensur, sondern offene Diskussion über Schengen/Dublin: Option Kündigung und Neuverhandlung offenhalten.*
- *Keine automatische Übernahme von neuem EU-Recht. Kein Rahmenabkommen.*
- *Keine Unterstellung Schweizer Gerichte unter EU-Gerichte.*
- *Keine Schwächung des Finanzplatzes durch die Übernahme des automatischen EU-Informationsaustausches.*
- *Kein EU-Agrarabkommen.*
- *Keine Propagandaarbeit des EU-Botschafters in Bern.*
- *Kein NATO-Beitritt. Keine Beteiligung an EU-Kampfgruppen.*
- *Keine aktive Neutralität, sondern Verankerung der immerwährenden bewaffneten Neutralität in der Bundesverfassung.*
- *Keine Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat.*

Die Positionen haben alle einen direkten Bezug zur aktuellen Politik in der Schweiz, in der Europäischen Union und weltweit. Die AUNS-Forderungen manifestieren eine eigenständige, souveräne, neutrale und direktdemokratische Schweiz.

Der Bundesrat und die meisten Parteien haben nach wie vor keine klar erkennbare Europa-Politik oder vertuschen aus wahltaktischen Gründen ihr eigentliches Ziel, den EU-Beitritt. Wie weit der bilaterale Weg der Interessenwahrung ausserhalb der EU-Mitgliedschaft oder als Beitrittsbeschleuniger dient, bleibt auch nach dem Rücktritt von Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey unbeantwortet.
Die Schengen/Dublin-Assoziierung zeigt exemplarisch, wie fremdes EU-Recht zunehmend die nationale Gesetzgebung aushebelt. Seit dem Schengen-Beitritt mussten ohne demokratische Mitsprache über 120 Rechtsanpassungen vollzogen werden. Die EU fordert für alle bilateralen Abkommen eine «dynamische» Übernahme von neuem EU-Recht. «Dynamisch» ist mit einem automatischen Nachvollzug gleichzusetzen. Warum? Zwar beschwichtigt die EU, die Schweiz könne neues EU-Recht ablehnen. Gleichzeitig droht sie, bei einer Rückweisung einseitig einzelne Verträge oder ganze Vertragspakete zu kündigen.

Der im Berichtsjahr abgelöste EU-Botschafter in Bern, Dr. Michael Reiterer, verpasste keine Gelegenheit, diese Drohung mit diplomatischer Höflichkeit medienwirksam zu kommunizieren. Also keine Dynamik, sondern Zwang und Erpressung. Als Nicht-EU-Mitglied darf die Schweiz auf keinen Fall eine automatische, «dynamische» Rechtsübernahme akzeptieren. Denn die Souveränität würde eine in der Schweizer Geschichte einmalige Verletzung erfahren. Deshalb lehnt die AUNS ein Rahmenabkommen und die Strategie des «gesamtheitlichen und koordinierten Ansatzes» (Begriff des Bundesrates) ab. Denn alle diese wohlformulierten Begriffe verkörpern die schleichende Auflösung der Eigenständigkeit und in letzter Konsequenz die Aufhebung der politischen Mitbestimmungsrechte des Schweizer Volkes.

Es war immer so: Die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft benötigen ausländische Arbeitskräfte. Aber der freie Personenverkehr mit der EU ist für die Schweiz die denkbar schlechteste Lösung. Den Schweizer Arbeitsmarkt nur der EU zu öffnen und gleichzeitig sämtliche Instrumente zur Steuerung der Einwanderung freiwillig an Brüssel abzutreten, war ein Jahrhundertfehler. Die Folgen der ungebremsten Einwanderung sind in der Zwischenzeit für alle täglich spürbar. Der Beweis, dass die Personenfreizügigkeit falsch ist, liegt in der zunehmenden Regulierung des Schweizer Arbeitsmarktes mit immer noch mehr flankierenden, kostenintensiven Schutzmassnahmen – zum Schaden der Unternehmen, Gewerbebetriebe und Arbeitnehmer.

In der Sicherheitspolitik verfolgt Bundesbern unter Inkaufnahme eines fortschreitenden Souveränitätsverlustes ungebremst den Weg des Internationalismus. Der Mehrwert und Nutzen von Schengen bei der Kriminalitätsbekämpfung und von Dublin bei der Asylpolitik sind schlicht nicht vorhanden; Zahlen und Fakten belegen dies. Das Grenzwachtkorps hat die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Die Landesgrenze ist undicht. Die Asylgesuche haben sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.
Die militärische Landesverteidigung bleibt unter Druck. Vom neu gewählten Parlament wird keine spürbare Vorwärtspolitik zu spüren sein. Die geplante 100 000-Mann-Armee wird die verfassungsmässigen Aufträge kaum erfüllen können. Ohne Rücksicht auf die Glaubwürdigkeit der Neutralität und ohne Anspruch auf einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung und der Infrastruktur verfolgen verantwortungslose Armeeabschaffer, unterstützt von der Bundesratspartei SP, das Ziel, die Armee schrittweise zu schwächen. Skrupellos spielen sie Bedürfnisse der Armeeangehörigen, der Bildung und des Sozialbereichs gegeneinander aus. Die Wiederwahl verlangt «populistische» Argumente, die Armee gehört nicht dazu. NATO-Anschlussfantasien kursieren nach wie vor in bürgerlichen Köpfen und in Teilen der Bundesverwaltung.

Schweizer Politiker und Diplomaten, vorab alt Bundesrat Joseph Deiss als Präsident der UNO-Vollversammlung, träumten im Berichtsjahr von der grossen Reform der UNO. Der Traum platzt und platzt. Der UNO-Sicherheitsrat mit seinen fünf ständigen Veto-Mächten (USA, Frankreich, Grossbritannien, China, Russland) war auch 2011 nicht mehr als eine Bühne reiner Machtpolitik. Der Bundesrat will die Schweiz neutralitätswidrig in dieses Gremium führen, welches seine Entscheide ohne jegliches demokratische Verfahren fällt. Zudem handelt der Sicherheitsrat willkürlich und opportunistisch. Der Luftkrieg gegen Libyen und die Uneinigkeit gegenüber dem syrischen Regime zeigen die Inkonsequenz.

Gegen den Finanzplatz Schweiz ist ein Wirtschaftskrieg im Gang. Die Steuervögte der maroden Staatskassen in den USA und in der EU haben jegliche Hemmschwelle verloren. Staaten befürworten kriminelle Bankkundendaten-Beschaffungsaktionen und setzen Druckmittel sowie Erpressung gegen einen souveränen Rechtsstaat ein. Die Schweizer Behörden haben die Gefahr nicht frühzeitig erkannt. Es fehlen eine Strategie und der Wille, das Powerplay aufzunehmen. Dass Freibeuter Handelsschiffe mit grossem Tiefgang angreifen, ist nicht nur Kino! Aber im Kino wird zurückgeschossen.

Die Ursache der Angriffe liegt nicht in der offenbar im Ausland nicht erklärbaren Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug. Die Schweiz wird angegriffen, weil sie in der Vergangenheit ihre Hausaufgaben gemacht hat. Sie geniesst weltweit bei Bürgern ein hohes Vertrauen. Der starke Franken zeugt davon. Die Leute bringen ihr Eigentum, das heisst ihr erwirtschaftetes und erspartes Geld, in Sicherheit.

«Der Euro wurde erfolgreich als Instrument der Zentralisierung Europas und für das Ziel der französischen Regierung eingesetzt, ein europäisches Reich unter ihrer Kontrolle zu errichten – wodurch der Einfluss des deutschen Staates eingedämmt wurde. Geldpolitik war das politische Mittel zum Zweck der politischen Union. Fürsprecher eines sozialistischen Europas sahen den Euro als Trumpf gegen die Verteidiger eines liberalen Europas. […] Die gemeinsame Währung wurde als Schritt zu einer politischen Integration und Zentralisierung angesehen. Die Interventionspolitik trieb das Euro-System in Richtung einer politischen Vereinigung unter einem Brüsseler Zentralstaat. Während die Nationalstaaten abgeschafft werden, entwickelt sich der Marktplatz Europa zu einer neuen Sowjetunion.»

Philipp Bagus: «Die Tragödie des Euro – Ein System zerstört sich selbst», FinanzBuch Verlag, ISBN 978-3-89879-670-5.

Fassen wir die politischen Entwicklungen im Jahr 2011 zusammen: Die Schweiz befindet sich in einem Freiheitskampf; nicht ihr erster. Und nicht das erste Mal sind die Behörden schlecht vorbereitet. Die dramatischen Entwicklungen in der Europäischen Union haben die Tragweite der politischen Fehlkonstruktion EU zutage gebracht. Die EU als Friedensprojekt zu vermarkten, genügt nicht mehr. Die Unionspolitik der Brüsseler Zentrale trägt die Hauptverantwortung für die Misere. Die EU-Politik gefährdet den Wohlstand, den sozialen Frieden, Arbeitsplätze, die Unternehmen. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen die Zeche für den Hochmut der Polit-Technokratie. Mitreden dürfen sie nicht. Weder die Massnahmen zur Euro-Rettung noch die Regierungen in Rom und Athen geschweige denn die EU-Politiker in Brüssel, Strassburg und Luxemburg sind demokratisch legitimiert. Auch der hochgejubelte EU-Binnenmarkt konnte nicht verhindern, dass in der EU teils eine dramatische Jugendarbeitslosigkeit grassiert. Im Vergleich zu Bestrebungen in Südamerika oder Asien gerät Europa in Sachen Demokratie ins Hintertreffen.[1] Demokratie besteht nicht nur aus feierlich proklamierten Absichtserklärungen. Artikel 2 des EU-Vertrages widerfuhr im Berichtsjahr eine regelrechte Götterdämmerung: «Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit.»

Die Schweiz steht im internationalen Vergleich sehr gut da. Die direkte Demokratie trägt einen entscheidenden Anteil am Erfolg. Das Schweizer Volk hat das letzte Wort. Und es entschied immer weise. Deshalb ist der Schweiz bis heute das EU/Euro-Debakel erspart geblieben. Es mutet absurd an: Gerade die Innenpolitik stellt das Fundament des Erfolges infrage. Die gefährlichsten Gegner der politischen Freiheitsrechte, der eidgenössischen Volksinitiative, der direkten Demokratie, der kantonalen Steuerhoheit, des Föderalismus und des Milizprinzips befinden sich in der Innenpolitik. Weitere gefährliche Gegner sind elitäre «Denkklubs» («Think-tanks» wie Avenir Suisse) sowie die allgemeine Sorglosigkeit und die Fokussierung auf materielle Bedürfnisse. Freiheit definiert sich nicht nur über möglichst günstige Mobiltelefongebühren in Europa oder über einen widersinnig ausgebauten Konsumentenschutz!

1 Vgl. AUNS-Broschüre «Direkte Demokratie im internationalen Kontext» von Dr. René Roca

AUNS bi de Lüt

STÜTZPUNKT
...die AUNS vor Ort

Jahresbericht 2011 der AUNS

Die Tätigkeit 2011 war geprägt von publikumswirksamen Veranstaltungen, unzähligen Unterschriftensammlungsaktionen, Mitgliederwerbung und Spendenaufrufen. Im «stillen Kämmerlein» wurden die Neutralitätsinitiative und der Abstimmungskampf für die Staatsvertragsinitiative vorbereitet sowie der neue Auftritt der AUNS realisiert.

11. Januar 2011: Politische Mitte betreibt Politik auf Pump

Die AUNS bezeichnet den Entscheid der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) weitere Milliarden Volksvermögen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Ausgaben für die Entwicklungshilfe zu erhöhen, als verantwortungslos. (Medienmitteilung)

8. Februar 2011: Bundesrat auf EU-Kurs

Die AUNS kritisiert das Resultat der Gespräche von Frau Bundespräsidentin Calmy-Rey in Brüssel. Erneut wurde die Gelegenheit verpasst, gegenüber der EU eine klare Position im Interesse der Schweiz zu vertreten. Statt die Unabhängigkeit zu betonen und EU-Forderungen zurückzuweisen, wurden weitere Zugeständnisse angekündigt. Statt den vom Volk nicht gewünschten EU-Beitritt als Hauptziel schweizerischer Aussenpolitik in den Vordergrund zu stellen, bittet Bundesbern um eine weitere Vertiefung der Beziehungen. (Medienmitteilung)

13. Februar 2011: Armeewaffe bleibt beim Souverän

Mit einem klaren Volks- und Ständemehr wird die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt» abgelehnt. Die AUNS hat das Nein-Komitee unterstützt. Die Entwaffnung des Schweizer Volkes ist staatspolitisch falsch und stellt das Volk als oberste Instanz – Souverän – infrage.

21. Februar 2011: Getrennt marschieren, vereint schlagen

In Zürich versammelt die AUNS befreundete Organisationen und Vereinigungen. Das Ziel: Verbesserung des Informationsaustausches und Erhöhung der Schlagkraft bei Unterschriftensammlungen und Abstimmungskämpfen. 2012 wird es darum gehen, anlässlich des Abstimmungskampfes für die Staatsvertragsinitiative die Zusammenarbeit umzusetzen. (Medienmitteilung)

10. März 2011: Bundesrat hofiert dem Völkerrecht / Info-Abend in Genf

Die AUNS weist den Bericht des Bundesrates zum Verhältnis von Landesrecht und Völkerrecht entschieden zurück. Unter dem Deckmantel «Verwesentlichung der Volksrechte» soll die politische Mitbestimmung relativiert, dafür die Verwaltungsmacht gestärkt werden. (Medienmitteilung)

Die AUNS im Kanton Genf führt einen Informationsabend zum Thema «EU und Türkei» durch.

25. März 2011: AUNS will eine Neutralitätsinitiative

Die AUNS verurteilt die neutralitätsverletzende Politik des Bundesrates. Mit Berufung auf die Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Libyen hat der Bundesrat ausländischen Armeen erlaubt, Transitachsen und den Luftraum der Schweiz militärisch zu nutzen. Die AUNS wird eine eidgenössische Volksinitiative vorbereiten, welche die Neutralität in der Verfassung verankert. (Medienmitteilung)

13. April 2011: Volksvertreter gegen Mitsprache des Volkes

Die AUNS kritisiert die Mutlosigkeit des Nationalrates. Mit der Ablehnung der AUNS-Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk!» hat es die Mehrheit in der Volkskammer verpasst, die direkte Demokratie im Bereich der Aussenpolitik heutigen Anforderungen anzupassen. Vielmehr scheint der Drang, die politischen Volksrechte einzuschränken, weiterhin die treibende Kraft zu sein. (Medienmitteilung)

30. April 2011: Ordentliche Mitgliederversammlung

Rund 700 AUNS-Mitglieder, Sympathisanten und Gäste erteilten am Samstag, 30. April 2011, im Berner National dem Vorstand der AUNS die Kompetenz, eine

eidgenössische Volksinitiative zur Verankerung des Kerninhalts der immerwährenden bewaffneten Neutralität in der Bundesverfassung zu lancieren.

Rückzug aus den Bilateralen

Der Präsident der AUNS, Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, stellte in seiner Standortbestimmung fest, dass sich der Bundesrat systematisch und vorsätzlich von einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik verabschiedet hat. Schwander stellte seine Rede unter den Titel «Zentralismus ade» und kritisierte den Bundesrat, er verscherble die Werte und Stärken der Schweiz. Zudem hätten Zentralismus, die krankhafte Harmonisierung und die ständigen Belehrungen durch eine Expertokratie weltweit und insbesondere in der EU versagt. Dazu zählte er auch die bilateralen Verträge mit der EU. Sowohl die EU-Personenfreizügigkeit als auch das Schengen-Abkommen würden für die Schweiz weder Wirtschaftswachstum noch grössere Exportchancen auslösen. Hingegen verursache die unkontrollierte EU-Zuwanderung hohe Kosten zum Beispiel bei der AHV und bedrohe mittelfristig den schweizerischen Wohlstand. Schwander forderte unmissverständlich den Rückzug der Schweiz aus den Bilateralen I und II.

Neutralitätsinitiative

Die Mitgliederversammlung stimmte der Lancierung der Neutralitätsinitiative einstimmig zu und erteilte dem AUNS-Vorstand die Kompetenz, den definitiven Wortlaut der Initiative und den Starttermin für die Unterschriftensammlung zu bestimmen.

Klare Worte aus Deutschland

Der Gastreferent, der deutsche Professor für Unternehmensrecht, *Norbert Geng,* ging vertieft auf den Vertrag von Lissabon ein. Anhand verschiedener Vertragsbestimmungen zeigte er ein drastisches Demokratiedefizit der EU auf. Geng, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei der Vernunft, warnte am Schluss seiner Ausführungen: «Ich habe die Befürchtung, dass die Schweiz irgendwann einmal dem massiven Druck aus Brüssel nicht mehr standhalten kann und immer europäischer wird, das heisst ein nivelliertes Mitglied unter vielen anderen. Dies wäre ein enormer Verlust für Europa und die Werte, die Europa ausmachen, nämlich Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie. Die Schweiz muss deshalb nicht europäischer werden, sondern Europa schweizerischer. Die Schweiz hat lange vor der EU das bessere Europa verkörpert und wird dies hoffentlich noch lange nach der EU tun.» Die AUNS-Versammlung verdankte die klaren Worte aus Deutschland mit grossem Applaus und liess dabei keinen Zweifel aufkommen, dass die AUNS den Irrweg EU-Beitritt verhindern wird.

Anschliessend bot der Schweizer Satiriker *Andreas Thiel* politisches Kabarett auf höchstem Niveau. Mit Humor und spitzer Sprache zeigte er Irrwege der Politik auf und hielt mancher Politikerin und manchem Politiker den Spiegel vor.

Verstärkung für den AUNS-Vorstand

In den Vorstand der AUNS wurden neu gewählt: Anne Fournier aus Lausanne und Aliette Cherbuin aus Yverdon-les-Bains sowie Mauro Damiani aus Cugnasco-Gerra. Die Mitgliederversammlung hiess zwei Mitglieder-Anträge gut, die verlangen, dass der Vorstand parteipolitisch breiter abgestützt wird.

Die Reden der Mitgliederversammlung können auf www.auns.ch → AUNS → Mitgliederversammlungen abgerufen oder als Broschüre «Europa muss schweizerischer werden!» bei der Geschäftsstelle kostenlos bezogen werden.

19. Mai 2011: Neue Chefin für den Kanton Waadt

Hauptversammlung der AUNS im Kanton Waadt, Gastreferent: Dr. iur. François Chaudet. Vorstandsmitglied **Aliette Cherbuin** aus Yverdon-les-Bains übernimmt die Führung der AUNS Waadt.

8. Juni 2011: EU-Beitrittsgesuch bleibt in Brüssel

Erneut lehnte der Ständerat den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs ab, die Argumentation nimmt bizarre Züge an: Man wolle keine schlafenden Hunde in Brüssel wecken und die laufenden bilateralen Verhandlungen nicht gefährden. Bundesrätin Calmy-Rey meint, das Gesuch sei doch eingefroren und obsolet, es diene zu nichts. (Medienmitteilung)

9. Juni 2011: Verantwortungsloser Entscheid

Die AUNS kritisiert den mutlosen Entscheid des Nationalrats, das Schengen-

Abkommen nicht neu auszuhandeln. Die Auswirkungen der Konflikte in Nordafrika – unter anderem massive Flüchtlingsströme – und die fragwürdige Schengen-Praxis Italiens zeigen, dass Schengen ein «Schönwetter-Abkommen» ist und nicht funktioniert. Die AUNS hält an ihren Forderungen fest, wieder systematische Personenkontrollen an der Schweizer Grenze einzuführen und eine eigenständige Visumspolitik zu praktizieren. (Medienmitteilung)

17. Juni 2011: EU-Beitritt verhindert – EU-Beitritt verhindern

Am 19. Juni 1986 wurde in Bern die AUNS gegründet. Damit erfolgte die Geburt einer Widerstandsbewegung, die seit nun 25 Jahren den Kampf für eine unabhängige, eigenständige und neutrale Schweiz führt. Die überparteiliche AUNS hat entscheidende Beiträge zur Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR (1992) und zur Ablehnung der EU-Beitrittsinitiative «Ja zu Europa» (2001) geleistet.

Der Hauptverdienst der AUNS bleibt die bis heute erfolgreiche Verhinderung des EU-Beitritts der Schweiz. (Medienmitteilung)

24. August 2011: Wie die Schweiz in die EU manövriert wird

Start der öffentlichen Vortragsreihe «AUNS bi de Lüt» in Bern mit Weltwoche-Verleger Roger Köppel und AUNS-Präsident Nationalrat Pirmin Schwander.

27. August 2011: AUNS am Auslandschweizer-Kongress

Die AUNS wird an ein Podium zum Thema «Direkte Demokratie im internationalen Kontext» anlässlich des 89. Kongresses der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer eingeladen. Der Geschäftsführer folgt der Einladung.

27.–28. August 2011: Aktive Suisse romande

Die AUNS führt in Le Sentier ein Polit-Wochenende («Université d'été») für AUNS-Mitglieder durch. Gastreferenten: Nationalräte Yves Nydegger und Oskar Freysinger, Yvan Blot, Jean-Yves Le Gallou, Prof. Uli Windisch.

13. September 2011: Neutralitätsinitiative gestartet – www.initiative.ch

Der Vorstand setzt den Beschluss der Mitgliederversammlung 2011 um und lanciert in Bern die eidgenössische Volksinitiative «Für eine neutrale weltoffene und humanitäre Schweiz (Neutralitätsinitiative)»:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 54a (neu) Neutralität *Die Schweiz ist neutral. Sie verfolgt den Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität.*

Art. 58 Abs. 2bis (neu) *$^{2\,bis}$ Die Armee leistet Einsätze im Ausland ausschliesslich im Rahmen der Katastrophenhilfe.*

Die Neutralitätsinitiative

- verankert endlich die immerwährende bewaffnete Neutralität in der Verfassung;
- will eine weltoffene Schweiz;
- ermöglicht unserer Exportindustrie den weltweiten Zugang;
- stellt die Friedensdiplomatie, die guten Dienste und die humanitäre Hilfe in den Vordergrund;
- stoppt den aussenpolitischen Übereifer;
- garantiert das friedliche Zusammenleben in der Schweiz;
- macht unser Land sicherer und stabiler;
- sichert die Handlungsfreiheit, auf weltweite Veränderungen und neue Machtverhältnisse reagieren zu können;
- schafft Voraussetzungen, aktuellen Gefahren wirkungsvoll begegnen zu können;
- signalisiert der UNO und der EU: Neutralität ist nicht verhandelbar;
- stärkt der Landesregierung den Rücken gegenüber dem Ausland;
- setzt klare Signale: kein NATO-Beitritt, kein EU-Beitritt, keine schrittweise Eingliederung der Schweizer Armee in EU-Kampfgruppen;
- verhindert unnötige und gefährliche Militärabenteuer im Ausland;
- erlaubt die Katastrophenhilfe der Schweizer Armee im Ausland;
- stärkt den Auftrag der Schweizer Milizarmee: Schutz der eigenen Bevölkerung.

Die Unterschriftensammlung zeigt auf, dass viele Bürgerinnen und Bürger glauben, der Kerninhalt der Neutralität sei in der Verfassung definiert. Wenn der Irrtum einmal aufgeklärt ist, wird rasch unterschrieben. Dieser Umstand macht klar, welch wichtige Bedeutung die Neutralitätsinitiative einnimmt. Ein aktiver Schweizer Diplomat hält die Initiative für eine der wichtigsten nach dem Zweiten Weltkrieg (Zuschrift an den AUNS-Präsidenten; Name aus Diskretionsgründen nicht publiziert).

16. September 2011: Die Schweiz, der Schweizer Franken und der Euro
«AUNS bi de Lüt» in Dübendorf mit Prof. Dr. Hans Geiger und AUNS-Präsident Nationalrat Pirmin Schwander.

20. September 2011: Kantonsvertreter gegen mehr Mitsprache
Der Ständerat sagt Nein zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk!». Die AUNS bedauert die Mutlosigkeit des Ständerats. Ausgerechnet der Ständerat, die Vertretung der Stände, will von einer Stärkung der Kantone in der Aussenpolitik nichts wissen. Das Nein des Ständerats zu mehr Demokratie in der Aussenpolitik ignoriert zudem die in der Bundesverfassung aufgeführten Pflichten, die Rechte des Volkes zu schützen (Bundesverfassung Art. 2) sowie die Souveränität der Kantone zu achten (Bundesverfassung Art. 3). (Medienmitteilung)

10. Oktober 2011: 3. Veranstaltung «AUNS bi de Lüt»
In Küssnacht am Rigi diskutieren Prof. Dr. Hans Geiger und AUNS-Präsident Nationalrat Pirmin Schwander über die Schweiz, den Schweizer Franken und den Euro.

14. Oktober 2011: Nationalrat Rime bei der AUNS Freiburg
Hauptversammlung der AUNS Kanton Freiburg mit Gastreferent Nationalrat Jean-François Rime.

24. Oktober 2011: Eidgenössische Wahlen
AUNS-Präsident Pirmin Schwander und AUNS-Vizepräsident Luzi Stamm sind mit Spitzenresultaten wieder in den Nationalrat gewählt worden. Ebenfalls glanzvoll haben die AUNS-Vorstandsmitglieder Oskar Freysinger, Christoph Mörgeli und Lukas Reimann die Wiederwahl geschafft.

Die Resultate der eidgenössischen Wahlen hinterlassen mit Blick auf die EU- und Neutralitätspolitik einen zwiespältigen Eindruck. Deshalb wird die überparteiliche AUNS als Hüterin der Unabhängigkeit und Neutralität noch wichtiger. (Medienmitteilung)

5. Dezember 2011: EWR-Nein verschont die Schweiz vor der Euro-Krise
Am 6. Dezember 2011 sind es 19 Jahre her, dass Volk und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt haben. Bei einer Stimmbeteiligung von über 78 Prozent hat sich das Schweizer Volk für einen eigenständigen Weg in Europa entschieden. Ohne die AUNS wäre dieser klare und kluge Volksentscheid nicht möglich gewesen. Die EU-Euro-Krise bestätigt die AUNS-Politik: kein EWR- und kein EU-Beitritt.

7. Dezember 2011: AUNS Unterwallis und Genf
Die AUNS Unterwallis lädt in Martigny zum traditionellen Unabhängigkeitsfest ein. Gastreferent: Uli Windisch, Professor für Soziologie an der Universität Genf.
Die AUNS im Kanton Genf organisiert eine Zusammenkunft (Escalade) zum Thema «Welche Zukunft hat die Schweizer Souveränität?».

23. Dezember 2011: AUNS-Staatsvertragsinitiative kommt zur Abstimmung
Die AUNS nimmt zur Kenntnis, dass die Parlamentsmehrheit in den Schlussabstimmungen die eidgenössische Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte (Staatsverträge vors Volk!)» abgelehnt hat. Die AUNS zieht die Volksinitiative nicht zurück und ist bereit, den Abstimmungskampf zu führen.
Im Jahr 2011 ist die Demokratie massiv unter Druck geraten. In der Europäischen Union fand nach der Ankündigung der griechischen Regierung Papandreou, das Volk über die Euro-Zukunft zu befragen, eine regelrechte Hetzjagd gegen die Mitsprache der Völker statt.
In der Schweiz haben das neu gewählte Parlament und der Bundesrat den antidemokratischen Ball der EU aufgenommen. Bei der eidgenössischen Gesetzgebung wurde ein erster Schritt in Richtung Verfassungsgerichtsbarkeit abgesegnet. Damit ist der Angriff auf das Volk als höchste Instanz im Staat gestartet worden. Mit ersten Zulassungshürden beginnt Bundesbern das politische Recht der eidgenössischen Volksinitiative einzuschränken. Mit der Ablehnung der Staatsvertragsinitiative spricht sich die Classe politique – in gleicher Manier wie die politischen EU-Eliten – gegen eine notwendige Anpassung der direkten Demokratie aus. Weder Bürgerinnen und Bürger noch die Kantone sollen eine zeitgemässe Mitsprache in der Aussenpolitik erhalten.
Die AUNS warnt: Die Entwicklung läuft in die falsche Richtung. Deshalb wird die AUNS mit voller Kraft die politischen Freiheitsrechte der Schweizerinnen und

Schweizer verteidigen. Die direkte Demokratie hat die Schweiz zum Erfolg geführt, nicht die Eliten. Die Volksabstimmung über die Staatsvertragsinitiative findet am 17. Juni 2012 statt. Der Auftrag ist klar: Die Abstimmung muss gewonnen werden.

«Es gibt keine überzeugende Erklärung dafür, warum ein demokratischer Souverän nicht in der Lage sein sollte, die Regeln seines Einbezugs in das internationale System zu bestimmen. Die Anmassung der Eliten, allein dazu in der Lage zu sein, mindert nicht nur, wie neuste Entwicklungen zeigen, den Wohlstand der Menschen, sondern ist zuallererst eine Aushebelung des Souveräns und damit eine grosse Gefahr für die Freiheit. »

Johannes B. Kunz: «Der letzte Souverän und das Ende der Freiheit», Verlag Neue Zürcher Zeitung, ISBN 978-3-03823-716-7.

31. Dezember 2011: Über 500 Mitglieder neu gewonnen

Die Jahresbilanz der AUNS-Mitgliederzahl hat zwei Seiten. Einerseits gelang es, im Berichtsjahr 571 neue Mitglieder, Gönner und Sympathisanten zu gewinnen. Andererseits erfährt die AUNS einen Nettoverlust. Eine engagierte Generation – die AUNS-Gründergeneration vor 25 Jahren – wird leider zunehmend kleiner. Die AUNS zählt Ende Jahr 30 112 zahlende Mitglieder und Gönner sowie rund 10 000 Sympathisanten.

Vorstand

Der Vorstand tagte unter Leitung des Präsidenten, Nationalrat **Pirmin Schwander**, vier Mal, jeweils am ersten Tag der Session der eidgenössischen Räte in Bern. Im Frühjahr standen das Programm der Mitgliederversammlung 2011 und die Lancierung der Neutralitätsinitiative im Vordergrund. Anschliessend beschäftigte sich der Vorstand mit der definitiven Formulierung der Neutralitätsinitiative. Ende Jahr galt es, die Abstimmungskampagne für die Staatsvertragsinitiative vorzubereiten. Der Vorstand beurteilt permanent die politischen Entwicklungen im In- und Ausland. Die zunehmende Aushöhlung der direkten Demokratie und die damit verbundene Infragestellung des Volkes als Souverän haben den Vorstand bewogen, die Lancierung einer «Souveränitätsinitiative» zu prüfen. Mit Blick auf die beschränkten Mittel der AUNS konzentrierte sich der Vorstand auf die Themen Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie. Der Vorstand hat das Ziel, die AUNS als eine parteipolitisch unabhängige und eigenständig agierende Volksbewegung zu positionieren, intensiviert.

Am 28. Oktober 2011 musste der Vorstand von seinem langjährigen und engagierten Mitglied **Hans Bischoff** Abschied nehmen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle übernahm wiederum vielseitige Aufträge. Neben dem administrativen Bereich (Mitgliederkartei, Buchhaltung) fallen ihr operative Aufgaben zu. Die Geschäftsstelle ist für die Herausgabe des AUNS-Bulletins und weiterer Drucksachen sowie für die Medienbetreuung zuständig. Sie liefert dem Präsidenten und dem Vorstand Entscheidungsgrundlagen. In Zusammenarbeit mit den Koordinationsverantwortlichen für die Deutschschweiz und die Suisse romande stellt sie die Mitgliederwerbung, die Spendenakquisition und die Unterschriftensammlungen sicher. Der AUNS-Sponsorenklub «Tausender-Klub» wurde regelmässig schriftlich über die Tätigkeit orientiert.

Der vollamtliche Geschäftsführer **Werner Gartenmann** hat zudem an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen (u.a. Arena im Januar 2011, Auslandschweizerkongress im August 2011) und unterstützt Schüler/Schülerinnen und Studenten/Studentinnen bei der Abfassung von Arbeiten zum Thema AUNS/Neutralität/EU-Politik/direkte Demokratie.

Der Geschäftsführer wird unterstützt von der Sekretärin Katharina Fischer (60 %-Stelle) und entsprechend Arbeitsanfall von Gabriela Gartenmann als weitere Teilzeit-Arbeitskraft.

Der Personalbestand der AUNS-Geschäftsstelle kann unter anderem auch dank guter Schweizer KMU-Betriebe (Druck, Grafik, Logistik und Übersetzung) auf einem minimalen Niveau gehalten werden.

Die AUNS in den Kantonen

Deutschschweiz

Die Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter der Deutschschweizer Kantone trafen sich zweimal in Bern. Die Stützpunkte bilden das Rückgrat der Arbeit vor Ort. Für die Organisation der Unterschriftensammlung und des bevorstehenden Abstimmungskampfes für die Staatsvertragsinitiative wurde **Rafael Wohlgemuth** aus Kloten als Koordinator

für die Deutschschweiz eingesetzt. Sein Auftrag ist, die Stützpunkte zu unterstützen und im Jahr 2012 eine breite Präsenz in den Regionen sicherzustellen.

Das AUNS-Stützpunkt-Netz weist einige Lücken auf. Die Geschäftsstelle ist gefordert, die Vakanzen im Mittelland und in der Ostschweiz rasch zu füllen. Im Berichtsjahr erfolgten zusammen mit dem AUNS-Bulletin zwei Aufrufe zur aktiven Mitarbeit. Das Echo war vielversprechend. Für den Erfolg der AUNS ist es entscheidend, dass ihre Mitglieder aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess mitmachen. Auf den Punkt ge-

bracht: Stützpunktarbeit ist «Knochenarbeit» ohne Aussicht auf viel Lorbeeren! Aber die gemeinsame Sache motiviert. Der Doyenne der Stützpunkte in der Deutschschweiz, **Elvira Hengeveld**, gelang es, diese Motivation weiterzugeben.

Suisse romande

Im ersten Jahr seiner Tätigkeit als Koordinator für die Suisse romande konnte **Eric Bertinat** mit Ausnahme des Kantons Neuenburg in allen Kantonen der Suisse romande auf engagierte AUNS-Leute zählen. Die kantonalen Verantwortlichen trafen sich zweimal zu einer Koordinationssitzung in Lausanne.

Ticino

Vorstandsmitglied **Mauro Damiani** als Stützpunktleiter brachte neuen Schwung in die AUNS Ticino. Die Haupttätigkeit lag Ende Jahr ebenfalls bei der Unterschriftensammlung für die Neutralitätsinitiative.

Das AUNS-Bulletin

Das Bulletin ist nach wie vor das wichtigste Bindeglied zwischen den Mitgliedern und dem Vorstand sowie der Geschäftsstelle. Im Berichtsjahr erschienen acht Ausgaben in deutscher, französischer und italienischer Sprache:

- Nr. 140, Februar 2011
- Nr. 141, April 2011
- Nr. 142, Juni 2011
- Nr. 143, Juli 2011 (4-seitige Spezialausgabe zur Bundesfeier auf dem St. Gotthard mit alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher)
- Nr. 144, September 2011 (4-seitige Spezialausgabe zur Lancierung der Neutralitätsinitiative)
- Nr. 145, Oktober 2011
- Nr. 146, Dezember 2011
- Nr. 147, Weihnachten (4-seitige Spezialausgabe zum Jahresschluss)

Alle Ausgaben sind auf www.auns.ch → Kommunikation → Archiv abrufbar.

Weitere Drucksachen

Bis Mitte des Berichtsjahres konnte die neue Gestaltung der AUNS-Drucksachen in allen Sprachen umgesetzt werden. Neben vielen kleineren Drucksachen wie Bestell-, Beitrittskarten, Einzahlungsscheinen und Spendenflyern wurden folgende Broschüren und Plakate produziert:

- Geschäftsbericht 2010 (deutsch, französisch, italienisch)
- Broschüre «Europa muss schweizerischer werden!»: Referate von Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Präsident der AUNS, und Prof. Dr. iur. Norbert Geng, Professor für Unternehmensrecht an der Fachhochschule Schmalkalden, anlässlich der Mitgliederversammlung vom 30.4.2011 (deutsch, französisch, italienisch)
- Broschüre «Direkte Demokratie im internationalen Kontext» von Dr. René Rocca, Gymnasiallehrer und Historiker (deutsch)
- Broschüre «Politsatiren, Der Wille zur Schweiz» von Nationalrat Oskar Freysinger (deutsch)
- Unterschriftenbogen Neutralitätsinitiative (deutsch, französisch, italienisch)
- AUNS-Bulletin (siehe Seite 20)
- Kleinplakate A3 und A0 «In Zukunft neutral» (deutsch, französisch, italienisch)

Internet und Social Media

Die Internetseiten www.auns.ch, www.asin.ch und www.asni.ch wurden vollständig neu gestaltet und mit modernster Software programmiert. Die Benutzerfreundlichkeit und die Sicherheit konnten erhöht werden. Mit regelmässigen Kommentaren und Medienhinweisen orientieren sich die Internetseiten an der politischen Aktualität.

Gestartet wurde Mitte Jahr die Facebook-Seite auns/asin/asni. Der neu produzierte AUNS-Werbefilm fand seine Verbreitung auf www.youtube.com, Facebook und auf weiteren Internetseiten.

Das Internet ermöglicht der AUNS, ihre Botschaft ohne Zensur der Redaktionen oder Verleger zu kommunizieren.

Jahresrechnung und Bilanz

Die Mitgliederversammlung vom 10. April 2010 hatte beschlossen, die Jahresbeiträge für 2011 nicht zu erhöhen. Das Budget 2011 rechnete somit mit folgenden Jahresbeiträgen: 35 Franken (Mitglieder), 50 Franken (Ehepaare) und 100 Franken (Gönner), Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden im Vergleich zum Budget um 25 922.52 Franken tiefer aus. Im Vorjahresvergleich konnten aber erfreulicherweise 88 523.72 Franken mehr an Spenden verbucht werden (ohne Legate). Die Gesamteinnahmen von 1 223 497.37 Franken verfehlten das Budget um 50 002.63 Franken. Die Gründe: Ein angekündigtes Legat kam im Berichtsjahr noch nicht zur Auszahlung. Und obwohl die AUNS ein konservativ angelegtes Wertschriftenportfolio bewirtschaftet, weist der Finanzertrag infolge marktbedingter Wertberichtigungen einen Minusbetrag von 580.11 Franken aus.

Die Ausgaben von total 1 221 596.92 Franken fallen um 32 748.08 geringer aus als budgetiert. Der Gewinn beträgt 1 900.45 Franken.

Im Jahr 2011 wurde in den neuen AUNS-Auftritt, in den Internetbereich und verstärkt in die Öffentlichkeitsarbeit investiert. Zudem wurde im September 2011 die Neutralitätsinitiative gestartet. Das Zusammenspiel aller Massnahmen führte unter anderem dazu, dass 571 neue Mitglieder und Gönner aufgenommen werden konnten. Die Anstrengungen werden sich in den kommenden Jahren verstärkt bemerkbar machen. Der Betriebsaufwand

Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2011

	Rechnung 2010	**Rechnung 2011**
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1'200'553.76	1'224'077.48
Finanzertrag	- 9'376.57	-580.11
	1'191'177.19	**1'223'497.37**
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	396'000.00	495'806.85
Mitgliederbriefe, Presse	299'485.90	314'132.55
Sonderaktionen	123'937.92	320'229.72
Abschreibungen	6'469.50	4'305.00
Allgemeines	89'559.59	87'122.80
	915'452.91	**1'221'596.92**
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1'191'177.19	1'223'497.37
Total Ausgaben	915'452.91	1'221'596.92
Einnahmenüberschuss	**+ 275'724.28**	**+ 1'900.45**

- : Ausgabenüberschuss / + : Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2011

Kasse	2'392.00	
Postcheck	759'373.87	
Valiant-Bank Bern	938'310.99	
Wertschriften	538'548.56	
Guthaben VST*	3'755.92	
EDV-Anlage, Mobiliar	7'450.00	
Kreditoren		44'760.80
Sonderfonds		54'961.65
Kapital		2'150'108.89
	2'249'831.34	**2'249'831.34**

* Verrechnungssteuer

inklusive Sitzungsbetrieb Vorstand und Stützpunkte beansprucht rund 25 Prozent der Gesamtausgaben.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle danken allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten für die grosse Unterstützung. Jeder noch so kleine Betrag half mit, dass die AUNS über 1,2 Mio. Franken Beiträge und Spenden verbuchen konnte. Eine starke AUNS garantiert den politischen Erfolg.

Dank

Das Präsidium und die Geschäftsstelle danken allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten für ihr ausserordentliches Engagement. Der Dank geht an die Vorstandsmitglieder und die kantonalen Verantwortlichen für die weitsichtige Zusammenarbeit.

Die historische Mission bleibt

Die AUNS hat ihren 25. Geburtstag nicht mit einem grossen Fest gefeiert. Dafür umso mehr mit Arbeit an der politischen Front. Das eigentliche Geburtstagsgeschenk war die Neutralitätsinitiative. Ein Geschenk, das mit viel Arbeit verbunden ist. Die AUNS will für die Zukunft einer unabhängigen, eigenständigen, neutralen und direktdemokratischen Schweiz arbeiten. Das neue Geschäftsjahr 2012 wird von der AUNS viel abverlangen. Zusammen sind wir stark.

Es bleibt dabei: Die AUNS hat eine historische Mission zu erfüllen: kein EU-Beitritt. Zudem ist es Aufgabe der AUNS, zusammen mit Gleichgesinnten den Widerstandswillen der Schweiz zu wecken. Es sei am Schluss des Geschäftsberichtes 2011 noch einmal erwähnt: Wir befinden uns in einem Wirtschaftskrieg, welcher unsere Werte im Kern angreift. Deshalb haben wir dafür zu sorgen, dass wir das uns anvertraute Erbe nicht im Kasino des Internationalismus verspielen.

«Tatsächlich hat die Schweiz staatspolitische Ideen verwirklicht, wie man sie in dieser Art nirgends sonst umgesetzt findet. Und das Resultat darf sich sehen lassen: eine auf Ausgleich bedachte Gesellschaft, eine blühende Wirtschaft und eine glaubwürdige Aussenpolitik. Die Schweiz muss ihre Art von Demokratie, ihren Föderalismus, die dauernde Neutralität und ihr Modell des Zusammenlebens von verschiedenen Sprachen weiterhin aus Überzeugung leben. Damit bereichert sie die Staatenwelt. Hingegen sollte sie sich nicht in mondänen Eitelkeiten verirren.»

Paul Widmer: «Die Schweiz als Sonderfall», Verlag Neue Zürcher Zeitung, ISBN 978-3-03823-368-8.

AUNS
ASIN
ASNI